

## Arth sucht neuen Gemeindeführer

rom. Die Wahl des neuen Gemeindeführers in Arth wird im April noch nicht durchgeführt. Man hat angenommen, Kurt Gehrig würde eine weitere Amtsperiode als Gemeindeführer antreten und somit im April auch gewählt werden. Kurt Gehrig ist nun aber schwer erkrankt, was ihn zu einer Rücktrittsankündigung als Arther Gemeindeführer gezwungen hat. Das bedeutet die Notwendigkeit einer Neuwahl. Deshalb hat der Regierungsrat die Wahl auf einen unbestimmten Termin verschoben.

«Durch die neue Situation braucht der Regierungsrat mehr Zeit, um die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Mögliche Kandidaten für die Nachfolge von Kurt Gehrig müssen rechtzeitig orientiert werden. Dazu muss man auch Leute finden, welche die nötige Qualifikation mitbringen», erklärte Staatschreiber Peter Gander. Fest steht, dass bis Ende Jahr ein neuer Gemeindeführer gewählt sein muss. Auf welchen Termin die Neuwahl festgelegt wird, ist unklar. Der Regierungsrat will die Wahl aber auf jeden Fall mit einem andern Urnengang verbinden.

## Vier Rücktritte aus dem Bezirksrat

Die Wahlen vom 6. April werden auch im Bezirksrat March Änderungen mit sich bringen. Vier Bezirksräte treten zurück.

rom. Vor knapp einem Jahr, am 12. März, hat das Märchler Volk für eine Verminderung des Bezirksrats von zwölf auf neun Mitglieder gestimmt. Die Bezirksgemeinde hat die Überweisung des Antrages am 19. November vorgenommen. Damit ist anzunehmen, dass der Bezirksratsreduktion zugestimmt wird.

Laut Mitteilung des Bezirksrates March haben folgende bisherigen Bezirksräte ihren Rücktritt auf Ende der Amtsperiode 1996/2000 erklärt: René Keel, Sieben (LVP); Otto Mächler, Sieben (CVP); Daniel Ruoss, Buttikon (LVP) und Hans Schenk, Galgenen (SP).

Diese Rücktritte ermöglichen den drei Parteien die von der Einzelinitiative gewünschte Mitgliederreduktion schon zwei Jahre früher als geplant zu erreichen. Demnach muss neben den bisherigen Bezirksräten, die zur Wiederwahl stehen, nur ein zusätzliches Neumitglied gewählt werden. Es liegt nun bei den Bezirksparteien, ihre Wahlvorschläge frühzeitig bekannt zu machen.

## Diga: Neunte Filiale wurde eröffnet

rom. Das grösste Engrosmöbelhaus der Schweiz, die Galgener Diga AG, hat letzte Woche in Burgdorf seine neunte Filiale eröffnet. «Mit der Eröffnung reagiert der traditionsbewusste Familienbetrieb auf die steigende Nachfrage seiner Stammkundschaft im Bernbiet», heisst es in der Medienmitteilung. Auf einer Ausstellungsfläche von über 3000 Quadratmetern zeigt die neue Diga-Filiale in Burgdorf eine breite Palette von über 200 führenden Möbelherstellern. Die Ausstellung befindet sich im Gebäude einer ehemaligen Pelzveredelungsfirma. Mit der neunten Filiale verfügt Diga über eine Gesamtausstellungsfläche von über 50 000 Quadratmetern. Die Firma wurde vor über 140 Jahren gegründet und beschäftigt heute mit der Zentralverwaltung in Galgenen 270 Leute.

ANZEIGE

**reisen tcs** 

Die neuen Sommerprospekte sind da!

Preisgünstige Frühbucharrrangements!

Prospekte - Beratung - Reservation jederzeit auch per Telefon!

**Reisebüro TCS Schwyz**  
Bahnhofstrasse 3, Tel. 041 817 46 00

# Wer muss diese Strasse abbrechen?

Asphaltpiste ins Moorgebiet ist widerrechtlich - Kanton oder VBS müssen handeln

Bei Rothenthurm führt die Kasernenstrasse mitten ins Moorgebiet. Sie müsste schon längst abgebrochen sein, doch geschehen ist bisher nichts. Auf eine Beschwerde wegen Rechtsverweigerung hin hat das Verwaltungsgericht jetzt erklärt, wer dafür zuständig wäre.

VON JOSIAS CLAVADETSCHER

Vor zwölf Jahren hat das Schweizer Volk die Rothenthurm-Initiative angenommen. Sie hat so einiges auf den Kopf gestellt, denn seither hat das Thema Moorschutz ganz andere Bedeutung erhalten. Seither sind nicht nur landesweit Moorschutz-Inventare erstellt worden, sondern überall kam es zu Rückbauten. Die Rothenthurm-Initiative hat unter anderem verlangt, dass Bauten, Anlagen und Bodenveränderungen, die nach dem 1. Juni 1983 in Moorgebieten erstellt worden sind, wieder abgebrochen werden müssen.

In Rothenthurm gibt es dazu einen exemplarischen Fall. Dort hat der Kanton Schwyz im Auftrag des damaligen EMD von der A8 in der Zweiten Altmatt aus eine Zufahrtsstrasse ins Moorgebiet bauen lassen. Ganz in der Meinung, damit die künftige Kasernenanlage erschliessen zu können. Seit dem denkwürdigen 6. Dezember 1987 liegt diese Strasse zu einem wesentlichen Teil im Moorperimeter.

Pro Natura wollte es wissen

Diese Tatsache war eigentlich nie umstritten, nur ist auch niemand an den Abbruch gegangen. Darum hat Pro Natura Schwyz (ehemals Schwyzer Naturschutzbund) schliesslich im letzten Oktober eine Eingabe beim Schwyzer Justizdepartement eingereicht. Darin ist verlangt worden, dass der Kanton diese Kasernenstrasse auf einen einspurigen Flurweg ohne Hartbelag zurückbaut, den Terraineinschnitt auffüllt und die frühere Moräne wieder herstellt. Auch



Vor 16 Jahren erbaut, nie gebraucht und jetzt ein Abbruchobjekt: Die Erschliessungsstrasse von der A8 zum einst geplanten Kasernenstandort besteht seit der Moorschutz-Initiative widerrechtlich.

Archivbild

sei das Anschlussbauwerk bei der A8 auf ein Minimum zu reduzieren und für jenen Teil der Strasse, der nicht mehr zurückgebaut werden könne, sei eine Abgeltung zu bezahlen.

Das Justizdepartement wollte von Sofortmassnahmen aber nichts wissen und erklärte den Umweltschützern, auf welchem Wege eine Rückführung versucht werde. Damit war Pro Natura logischerweise nicht zufrieden und hat postwendend beim Verwaltungsgericht eine Beschwerde wegen Rechtsverweigerung oder Rechtsverzögerung eingereicht. Diese ist jetzt entschieden worden. Allerdings mit einem Patt.

Die Verwaltungsrichter haben näm-

lich gefunden, dass Pro Natura gar nicht zu dieser Beschwerde legitimiert ist. Pro Natura als Umweltorganisation habe streng juristisch zwar das Recht, Beschwerden gegen Bauvorhaben einzureichen, nicht aber einen Anspruch darauf, dass eine Behörde eine Verfügung erlasse oder unterlasse. Auch das Verwaltungsgericht habe letztlich keine Aufsicht über den Regierungsrat, was dessen Handlungen oder «Nicht-Handeln» angehe. Pro Natura müsse sich schon damit begnügen, dass die Regierung zusammen mit dem Bund und den betroffenen Grundeigentümern hier eine einvernehmliche Rückführung erarbeiten und umsetzen wolle.

Trotzdem machen die Richter aber deutlich, dass diese asphaltierte Strasse tatsächlich widerrechtlich besteht. Sie liegt ausserhalb der Bauzone, ist nach 1983 erstellt worden und muss abgebrochen werden. Weniger klar ist, wer dies anordnen muss. Da sowohl das EMD wie der Kanton in die Erstellung verwickelt gewesen sind, sind auch beide zuständig. Gerichtspräsident Bruhin nennt dies eine «alternative Zuständigkeit». Es ist also gleichzeitig Sache des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) wie des Kantons. Eine rechtliche Situation, die das Schwarz-Peter-Spiel geradezu herausfordere, musste auch Bruhin gestehen.

# Frauenpolitik spricht vielstimmig

Impulsveranstaltung «Frauen mischen mit» im Schwyzer Kantonsratsaal

Im Mittelpunkt der von rund 50 Frauen besuchten überparteilichen Veranstaltung stand das Referat der Historikerin Heidi Witzig «Frauen mischen mit, früher und heute.» Eine Diskussionsrunde stellte sich anschliessend den Fragen von Birgitta Michel Thenen, kantonale Gleichstellungskommission.

VON DOMINIQUE GOGGIN

Nächsten Monat wird gewählt, ein Grund für den Treff des Frauennetzes im sonst männerlastigen Kantonsratsaal. Als Auftakt erhielten die Pionierfrauen der ersten Stunde Applaus, die Küssnacher Kantonsrätin Renate Fuchs übergab Birgitta Michel Thenen als Ver-

## Für oder gegen Quoten

-go-Diskussionspunkt war auch die Quotenregelung. Für Elsbeth Anderegg ist sie ein valables (vorübergehendes) Mittel, damit Frauen präsenter werden. Rita Marty sieht die Regelung als Bremse und keine Garantie für frauenfreundliche Politik. Renate Fuchs denkt mit 50 Prozent Frauenanteil würde im Kantonsrat ein anderer Stil, die weibliche Sicht besser eingebracht. Carla Wiget glaubt, mit einem erhöhten Frauenanteil hätten familienspezifische Probleme bessere Chancen. Und die Nationalrätin erklärte, Frauen hätten mehr Lebensmodelle und Möglichkeiten in Politik, Beruf und Haushalt. Sie votierte für verbesserte Strukturen, damit Frauen aussere Haus arbeiten und politisieren können.



Frohliche Gesichter beim Frauennetz (von links): Rita Marty, Carla Wiget, Elsbeth Anderegg, Maya Lalive d'Epinay und Renate Fuchs.

Foto: Dominique Goggin

treterin der Gleichstellungskommission einen funkelnden Stab zum Herbeizaubern von vielen neuen Ideen. Unter dem Tagesmotto «Frauen mischen mit» referierte die Historikerin Heidi Witzig. Hinter der mit Schlachtenbildern geschmückten Rathausfassade erinnerte sie daran, dass Frauen seit 150 Jahren ehrenamtlich in sozialen Vereinen mitmischen dürfen. Kultureller und sozialpolitischer Einfluss blieb ihnen verwehrt, 1971 waren viele Kämpferinnen der ersten Stunde müde und verbittert.

Der eigenen Partei verpflichtet

Nach fulminanten Anfängen - in den 70er-Jahren herrschte eine grosse überparteiliche Frauensolidarität - drehte der Wind. Gemeinde- und Kantons-Politikerinnen bekamen zu spüren, dass sie ihrer Fraktion verpflichtet seien und nicht den eigenen Geschlechtsgenossinnen. Besonders Rechtsparteien ermahnten sich anzupassen und das Getriebe nicht zu bremsen. Auf der linken Seite herrschte das Motto: «Das nehmen wir uns und zwar sofort.» Heidi Witzig ermunterte zu Transparenz, zum Mut, die

Loyalität für die eigene Partei zu verbalisieren. Oder zu bekennen, frau sei machthungrig und es mache Lust zu politisieren. Die Referentin hat festgestellt, dass traditionelle Frauen in den Räten in die Mutterrolle schlüpfen, während militante Frauen fordernd daherkommen. In unsern Köpfen stecken noch immer kulturelle Leitbilder, Definitionen «wie e rächte Maa und e rächti Frau». In den Neunzigerjahren ein weiterer Rückschlag, eine «rechte» Frau war nur eine, die es fertig brachte, sich einen Mann zu ergattern. Heidi Witzig empfahl, Distanz zu behalten und nicht zu viel Herzblut über die Politik zu vergiessen. Während Männer feste Rollenbilder haben, fühlen sich viele Frauen gespalten: «Sollen wir fordern oder warten?» Harte Fronten seien bei der Quotenregelung und der Neuverteilung der Arbeit auszumachen. Im ökonomischen Umbruch der Globalisierung, sehen sich viele Frauen als ausgegrenzte Verliererinnen. Und die Powerdamen, die sich nach männlichem Muster die Karriereleiter raufellenbögelten, kümmern sich nicht um die auf der Strecke abgebliebenen Mitschwestern.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Die Historikern erinnerte, wie männliche Anliegen, etwa die Witwerrente, Feuerwehrsteuern für Frauen und gleiches Pensionsalter für Mann und Frau im Eiltempo durchgepeitscht wurden. Frauliche Klagen wie etwa gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit behandelt «mann» im Schnecken tempo. In der anschliessenden Diskussionsrunde befragte die Vertreterin Birgitta Michel Thenen die SVP-Vertreterin Rita Marty, Rothenthurm, Carla Wiget, parteilose Gemeinderätin, Steinen, Elsbeth Anderegg, SP-Präsidentin Kanton Schwyz, Maya Lalive d'Epinay, Nationalrätin LVP, und Renate Fuchs, CVP-Kantonsrätin, Küssnacht. Wie stehen sie dem Aufruf «Frauen wählen Frauen» gegenüber? «Nein» meinte Rita Marty. Elsbeth Anderegg votierte dafür, weil sich frauliche Erlebnishintergründe ähneln. Auch Carla Wiget und Renate Fuchs zeigen keine Berührungspunkte zu andern Parteien. Die neue Nationalrätin d'Epinay empfahl, an die Urne zu gehen und jene Frauen zu wählen, die überzeugen.